

Saaleische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1912. Nr. 113.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 205.

Druck- und Verlagsanstalt für die Provinz Sachsen in Halle a. S. für das Vierteljahr. Die Saaleische Zeitung erscheint wöchentlich dreimal. — Druck- und Verlagsanstalt: Saaleische Zeitung (vorm. Heilmannsche). 31. Unterwallstraße (Kornhausplatz), Halle a. S., Mittelstraße.

Zweite Ausgabe

Abbestellungsbedingungen für die Provinz Sachsen: Halle a. S. für das Vierteljahr 20 Hlg., für sechs Monate 50 Hlg., für ein Jahr 100 Hlg. Rücknahme des Abbestellungsvertrages ist nur unter Umständen und unter Vorbehalt der Abbestellungsbedingungen in Halle a. S. und bei allen bestimmten Annoncen-Expeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61 u. 62. Telefon 155 u. 158; Telephon 1572. Verleger: Dr. Walter Genschel in Halle a. S.

Donnerstag, 7. März 1912.

Geschäftsstelle in Berlin: Prenzlauer Straße 30. Telefon Amt Kurztel. Nr. 6290. Druck und Verlag von Otto Ziethe in Halle a. S.

Die Mongolei.

Rußland umschließt die Mongolei, das ist nach den neuesten Ereignissen keine Frage. Das jetzt plötzlich der „Chotoktu“ als allgemeiner Herrscher der Mongolei hervortritt, ist weiter nichts als russische Wache. Der Chotoktu hat bisher nur das geistliche Haupt der Mongolei, zu eine Art Dalai-Lama, ein Oberpriester. Er gilt als Intarnation eines alten Heiligen, der vor dreihundert Jahren gestorben ist und dessen Geist sich auf dem Wege der Seelenwanderung immer wieder bezeugt. Der Chotoktu ist kein Mongole, sondern ein Tibetaner, die Chinesen, die wirklichen Oberherren der Mongolei, fanden das politische. Allerdings hatte der Chotoktu, der in Urga residiert, schon stets weltliche Neigungen, er lebt verhältnismäßig elegant und nimmt es mit dem Jökist nicht zu genau.

Die politische Gewalt in der Mongolei ruht immer noch in den Händen der einheimischen Schone, die von dem alten Dschingis Khan abstammend besaßen. Es sind vier Schone, und die Fürsten erhielten bis vor kurzem eine jährliche Zubehörung aus der kaiserlichen Staatskasse. Sie ließen sich dieses Geldes der Abhängigkeit gern gefallen. In der Regierung wurden sie natürlich durch sehr hohe russische Beamte unterstützt. Sie haben sogar eine Art Verfassung, und es findet alljährlich ein Landtag statt.

Rußland strebt schon lange, seinen Einfluß in der Mongolei mehr auszubauen, was in dem durch Gebirge und Wälder abgetrennten Lande nicht allzu schwer ist. Die Sarten, Tschanen, Kalmyken, Kirgisen usw. sind zum Teil Nomaden, das Land ist dünn besiedelt. Nach dem Verträge von 1904/05 hat sich Rußland etwas ruhiger verhalten, aber jetzt, infolge der chinesischen Wirren, nimmt es an, daß sein Weizen blüht. Der Chotoktu soll schon lange als Gemüthlich und Parteigänger der Russen, aber zu politischen Einflüssen ließ ihm die Eiferucht der eingeborenen Fürsten nicht kommen. Doch ihnen aber die Republik nicht sehr innewohnlich ist, die ihre Vorrechte auf die Dauer nicht sehr respektieren dürfte, kann man sich denken. Die Republikaner haben eine gewisse Befürchtung, daß sie die Außenländer Tibet und die Mongolei, jedes als eine Provinz gedeutet. Jede dieser 24 Provinzen soll drei Vertreter wählen.

Das sind verächtlich nur Vorläufer, und bis zur Erfüllung hat es vielleicht noch einige Zeit. Aber man sieht die vollkommen republikanische Tendenz, die die bisher konstitutionelle Verfassung der Mongolei in keiner Weise schont. So erklärt sich wohl die Unzufriedenheit der Fürsten von Urga, Wlaskoff usw., und ihre Aneignung zu Rußland, wo man ihnen immer noch in gewisser Weise entgegenkommen dürfte. Sie hoffen dadurch ihre Herrschaft zu retten, wenn sie auch das Jökist verlieren. Mit Xaxan hat sich Rußland sicher vorher ins Einvernehmen geehrt.

Deutsches Reich.

Seine Majestät der Kaiser ist am Mittwoch mittags 12 Uhr an Bord der „Deutschland“ nach Cuxhaven bei regnerischem Wetter in See gegangen. Im Admiralspalast folgte der kleine Kreuzer „Sela“ mit dem Chef der Hochseeflotte Kommandant von Golzenberg. — Um 4 Uhr 30 Minuten traf die „Deutschland“ mit Seiner Majestät dem Kaiser an Bord vor Cuxhaven ein und ging bei Altküppel vor Anker. Cuxhaven ist reich geschmückt. Das Wetter ist besser geworden.

Zur Wahl des Reichstagspräsidenten. In einem Artikel der „National-liberalen Korrespondenz“ nimmt der Reichspräsident des Abgeordnetenhauses, Dr. Kraus, zu der bevorstehenden Wahl des Reichstagspräsidenten Stellung. Die Tatsache, daß die Sozialdemokratie bei der Vereinerung der Kommissionen und leitenden Stellen in den Mannschaften als gleichberechtigte Partei behandelt werde, rechtliche Feindschaft des Schluß, daß sie Anspruch habe auf den Präsidenten innerhalb eines Parlaments nicht eigentlich politischer Art. Da ferner die Zahl der Präsidenten auf drei beschränkt sei, könnten nicht alle Fraktionen im Reichstag vertreten sein. Für alle Fraktionen aber, welche einen Anspruch auf den Präsidenten haben, müßten die Voraussetzungen für die Uebnahme des Amtes die gleichen sein. Neben der Geschäftsordnung ließe sich auch die parlamentarische Tradition zu beobachten. Der Artikel schließt: Die Sozialdemokratie wird die von jedem Präsidenten zu erfüllenden Pflichten nicht übernehmen und schließlich sich damit selbst vom Reichstag aus. Es kann nicht zugehört werden, daß ein Präsident sich seinen Pflichten entziele. Es entbrach deshalb auch der Sachlage, wenn der Kaiser den Empfang von nur zwei Präsidenten abgelehnt hat.

Wie wird sich das Reichstagspräsidenten zusammenfassen? Zur Wahl des Reichstagspräsidenten, die bekanntlich am Freitag vorgenommen wird, ließ sich bis gestern, Mitt-

woch, abend nach den verschiedenen geäußerten Verhandlungen ein klares Bild noch nicht gewinnen.

Wohnungsfrage seitens des Reichs. In der Budgetkommission des Reichstags wurden 1 Millionen Mark zur Verteilung von Mietwohnungen für Staatsarbeiter genehmigt. Staatssekretär Dr. Delbrück erklärte, diese Summe werde zum alle Jahre angefordert werden.

Der Erlaß eines Wohnungsgesetzes, durch welches Mietsforderungen für die Vermehrung von Wohnungen aufgestellt und so der Wohnungspolitik ein rechtliche Grundlage gegeben wird, ist ein dringendes Bedürfnis. Die freikonservative Partei hat einen diesbezüglichen Antrag beim Landtage eingebracht und in der letzten Sonntagssitzung begründet. Es wurde dabei eine folgendes ausgeführt: Für das flache Land und die kleinen Städte, wo es sich lediglich darum handelt, aus der Vergangenheit überkommene unbefriedigende Wohnungsverhältnisse den heutigen Kulturverhältnissen entsprechend einzuführen, wird man erfahrungsgemäß ohne gefehlichen Zwang auskommen. Anders liegt die Sache für diejenigen Großstädte und großstädtlichen Wohnplätze, in denen infolge der industriellen Entwicklung sich in neuerer Zeit Massen von Menschen in stetig steigender Masse zusammenfinden. Hier ist für ein gesetzgeberisches Vorgehen im Interesse der Bevölkerung ein überaus dringendes Bedürfnis. Eine Beschränkung der gefehlichen Regelung auf die Verhältnisse dieser Art empfiehlt sich auch, weil der Gesetzgeber sonst Gefahr läuft, durch verschiedene Verhältnisse mit denselben Maße zu messen. Aus diesen Gründen ergeht daher auch die in Reichstags angeregten rechtsgesetzliche Regelung durch aus unabweisbar; wohl aber ist es die Aufgabe des Reichstags, den dort auf die Bundesstaaten gezogenen Wechsel in erster Linie einzulösen.

Regierung und Eisenbahn in Hessen. In der zweiten kessischen Kammer wurde von sozialdemokratischer Seite eine Anfrage an die Regierung gerichtet über den Erlaß der Eisenbahndirektion Mainz, wonach den Arbeitern der Eisenbahnverwaltung bereits bei ihrer Annahme die bestehende Stellung zum Beweise gelassen werden soll, welche die Arbeiter einnehmen sollen und die Beschränkungen, denen sie bezüglich Arbeitszeit und Verteilung an sozialdemokratischen und anderen ordnungswidrigen Streikungen unterworfen sind. Anknüpfungspunkt erklärte darauf, die Regierung sei mit diesem Erlaß vollkommen einverstanden, auch wenn sie vorher bereits in Aussicht genommen sei. Für diese Stellungnahme der Regierung sei die Rücksicht auf die Besonderheit des Staatsbahnbetriebs maßgebend. Das Reichsgesetz über die Vereins- und Versammlungsfreiheit werde dadurch nicht beeinträchtigt und ebenfalls werde das Wahlrecht nicht eingeschränkt, da dieses ein wirtschaftliches und kein politisches Recht sei.

Wid. Frankfurt a. M. Universitätsfrage? In der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses äußerte der Kultusminister sich über die Verdrängung einer Universität in Frankfurt (Main). Die Regierung werde auf die Frankfurter Anträge nur eingehen, wenn sichergestellt sei, daß die Frankfurter Universität auf Veranlassung des Staates und in den Anfalten und der Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten nach denselben Grundsätzen wie die anderen Universitäten gebildet werde. Nachdem die Frankfurter Unterhändler sich bereit erklärt hätten, auf dieser Grundlage weiter zu verhandeln, ließ der Minister Feststellungen darüber, ob die Verbindungen für die Universität Frankfurt vorhanden seien, anstellen, die ein günstiges Resultat ergaben. Der Unterchied zwischen der Universität und den anderen Universitäten werde lediglich darin liegen, daß sie nicht vom Staat, sondern von Privaten unterhalten werden soll. Es handle sich nicht um fortlaufende jährliche Subventionen durch die Stadt Frankfurt, die den Etat von Verlust der Stadtbüchereiverwaltung abhängig machen würden. Eine Anzahl Stiftungen in Frankfurt würden zusammenzutreten, um die gesamten Mittel zur Verfügung zu stellen. Statt des Autors wurde das Kollegium und ein großer Teil der Spitze stehen zur Regelung der äußeren Dinge der Universität. Davon, ob die Frankfurter Stellen auf diese Bedingungen eingehen, sei es abhängig, ob der Minister die Vereinerung des Abgeordnetenhauses beantrage. — Weiter den Vertretern der Frankfurter Volkspartei erhoben sämtliche Fraktionen eine Reihe Bedenken gegen die Gründung. Es wurde verlangt, die Gründung vom Werke abhängig zu machen, und auch darauf hingewiesen, daß eine Universität ohne theologische Fakultät keine richtige Universität sei.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 6. März 1912.

Am Bundesratspräsidenten Staatssekretär Dr. Delbrück. Präsident Dr. Reppert eröffnete die Sitzung um 1 Uhr 15 Minuten und machte Mitteilung von der Wahl des Abgeordneten (Dr.) der allseitig beglückwünscht wurde.

Die zweite Beratung des Gesetzes des Reichstags des Innern (sicherer Tag) wurde bei dem Titel „Ueber den Schutz des Staatssekretärs“ fortgesetzt.

Abg. Behrens (Striffr. Vgl.). Das Wort der Ehrenrede, die Entwidlung steht nicht still, ist auch auf die Revolutionen angewandt; ihre Zahl bedeutet einen Fortschritt. Vielesicht würde sich die Einsetzung von Kommissionen empfehlen, die die Initiativ- und Resolutions-, nach Materien geordnet, vorbereiten. Wir stehen nicht auf dem Standpunkt, daß es ohne Sozialdemokratie keine Sozialreform gebe, und wir können die Politik der Sozialdemokraten nicht verstehen, daß in der Sozialpolitik

regt ein Entstand und sogar eine Verjährung eingetreten sei. Es wäre erwünscht, wenn die Vertreter der Sozialdemokratie hier einmal auf die allgemeine Wirtschaftspolitik und auf unser Verhältnis zur Weltwirtschaft eingegangen wären. Zudem, daß den Arbeitern drängen im Lande lediglich die negativen Seiten gezeigt werden, entsetzt bei ihnen ein ganz falsches Bild von dem Wert der deutschen Wirtschaftspolitik, als der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands. Die Reformen der deutschen Volkswirtschaft zeigt doch jetzt nach der letzten Zeit der vergangenen Jahre eine recht erhebliche Aufwärtsbewegung. Infolge der Steigerung der Konjunktur liegt die Arbeitslosigkeit auch (Widerspruch bei den Sozial.) nicht in allen Industrien, aber in den meisten, wie die Statistik beweist. Auch die Löhne sind entsprechend, wenn nicht sogar in noch höherem Maße gestiegen. Wenn wir auch große sozialpolitische Ziele verfolgen, so ist doch auch die Kleinarbeit nicht zu vernachlässigen, für die viele Gewerbebetriebe von größter Bedeutung ist. Die Reichsversicherungsordnung bedeutet trotz mancher Mängel eine erhebliche Verbesserung gegenüber der bisherigen Verhältnisse. Die Resolution auf erhöhten Arbeitsmangel kann ich nicht beifügen, da sie nicht durchführbar ist. Die Resolution ist aber infolge veränderten Verhältnisses der Bevölkerung über den sozialdemokratischen Terrorismus immer mehr wachst. Wir behaupten, daß die Verbündeten der Regierung uns einen Arbeitsmangel entgegenzusetzen immer noch nicht vorgelegt haben. Da in Zukunft die wirtschaftlichen Kämpfe nicht mehr lokalen Charakter haben werden, so muß auch für das ganze Reich eine Stelle vorhanden sein, die zur Verbergung und Beilegung von Streiks berufen ist, ein Reichseingangsamt. Von der sozialdemokratischen Presse ist die Forderung der christlichen Gewerkschaften in der Bergarbeiterbewegung falsch dargestellt. Es handelt sich dabei um eine nationale wirtschaftliche Bewegung und um das Streben, den englischen Arbeitern den wirtschaftlichen Kampf nicht unnötig zu erschweren. Eine Streikbewegung im Bergbau würde den englischen Bergarbeitern in den Rücken fallen. Wir verlangen paritätische Arbeitsnormen, sowie Tarifverträge. Die Regierungen sollen den Arbeitern mehr entgegenkommen als bisher. (Beifall rechts.)

Abg. v. Czering (Hst.). Durch die Warenhäuser werden die Handwerker und Kaufleute außerordentlich geschädigt. Der Mittelstand ist eine der bedeutendsten Säulen unserer wirtschaftlichen Lebens, sowohl auf dem Lande wie in der Stadt. Wenn durch rechtliche Ausbeutung der Bestimmungen der Gewerbeordnung der Mittelstand Schaden leidet, dann muß Remedur geschaffen werden. Über die Zulassung der Warenhäuser herrscht in den Kreisen der Kaufleute und Handwerker große Erbitterung. Entweder müssen sie von einem Bedürfnis abhängig erörtert, oder sie müssen bestimmt werden, daß Warenhäuser in Orten bis zu einer bestimmten Größe überhaupt nicht zugelassen werden dürfen. Wenn durch die Konsumierung auch manches Gute geschaffen wird, so entsteht durch sie doch auch viel Schaden und auch in dieser Frage muß im Interesse des Mittelstandes Wandel geschaffen werden. (Beifall rechts.)

Abg. Giesel (Soz.). Über den Zynopathiefreil der deutschen Bergarbeiter hat der Abg. Behrens sehr lobenswerte Ansichten entwickelt, ebenso über die Bereitwilligkeit der Zynopathen, höhere Löhne zu zahlen. Das Tempo in unserer Sozialpolitik kann uns nicht befriedigen. Erst die Sozialdemokratie hat der Bevölkerung das Bewußtsein gebracht, den Arbeitern gegenüber die Pflicht zu tun. Wir verlangen eine einheitliche rechtsgesetzliche Regelung der Bergarbeiterverhältnisse in der Weise, daß zunächst in der Gewerbeordnung für die technischen Angelegenheiten in der Bergwirtschaft und in Staats- und Gemeindebetrieben, soweit sie hier auf privaten Dienstverträgen angelegt sind, ferner für die Bureauangestellten in landwirtschaftlichen und gewerblichen Betrieben und in sonstigen Unternehmungen und Verwaltungen gleiche oder ähnliche Vorschriften vorgehoben werden, wie sie für die Handlungsgesellen gelten. Die Erhebungen für die Streitigkeiten haben gezeigt, daß Fälle von Terrorismus seitens der Arbeiter kaum in Betracht kommen, dagegen ist der Terrorismus des Unternehmerrates ständig im Wachsen. Was von der Sozialdemokratie gefordert kann, die soziale Gesetzgebung vorwärts zu treiben, soll in intensiver Weise geschehen. Den schon Nerven müssen auch Zaten folgen. (Beifall bei der Sozialdemokratie.)

Abg. Gieseler (Str.). Wollen wir zu gesunden Verhältnissen in der Bergindustrie kommen, so muß die Gesetzgebung den Wünschen der Bergarbeiter Rechnung tragen und die Unternehmlichkeit der Arbeiter gegenüber eine andere Haltung als bisher einnehmen. Wir müssen Arbeit und Wege finden, dieses Ziel zu erreichen, wollen wir eine bessere Zukunft unseres wirtschaftlichen Lebens — Milliarden von Menschen leben auf dem Spiel — vermeiden. Die schwere Arbeit der Bergleute verlangt die Festsetzung eines Minimallohnes. Verwerflich wäre es, wenn unsere Kohlengebiete in diesem Augenblicke Kohlen nach England exportieren würden. Die deutschen Gruben rentieren sich so gut, daß eine Reduktion der Löhne, insbesondere angesichts der gesteigerten Lebensmittelpreise, unvorstellbar wäre. Die Zynopathen bringen sich um alle Reputation, wenn sie ihre Pflicht, die Arbeitverhältnisse bei steigender Rentabilität zu erhöhen, nicht erfüllen. Zum fe das nicht freiwillig, dann ist zu erzwingen, oder sie nicht durch gesetzliche Maßnahmen dazu gezwungen werden können. Die christlichen Gewerkschaften haben eine nicht zu unterschätzende Macht, ohne sie ist eine Löhnerbewegung nicht durchzuführen. Die übrigen Gewerkschaften sollten sie als gleichwertig betrachten und ihre Bestrebungen, die unbeeinträchtigt gelöst werden, anerkennen. Den Staatssekretär bitte ich bringen, rechtlich die Initiative zu erweitern, um Verhandlungen zwischen den

Verträge und Arbeiter in die Wege zu leiten. (Verf. im Zentrum.)

Abg. Rühl (Nal.): Dem kleinen Handelsstand hat es bisher an einer kräftigen Organisation gefehlt, und erst jetzt hat sich der Handelsstand gebildet, der die berufliche Körperpolitik zur Vertretung für Handel, Gewerbe und Industrie ist. (Zuruf rechts). Um dem kleinen Gewerbe zu helfen, muß man bei der Verbringungsfrage anhalten. Die Vorbildungsmittel sind gut. Es muß aber an allen Stellen Wert auf reale Arbeit gelegt werden. Der Volkswirtschaftsunterricht sollte wegfallen. In den Handelsschulen ist ebenfalls mehr Wert auf praktische Dinge zu legen. Dem kaufmännischen Mittelstand wird am besten geholfen durch Aufrechterhaltung der Gewerbesteuer. Die Wandellager sind für viele Kreise unserer Landes eine Notwendigkeit. Wenn das Warenhandelswesen in Genuß ist, so hindert es (nach rechts) mitteilich daran. In Berlin ist ja das Warenhaus betriebsmäßig geworden. (Zuruf links). Wir sollten bessere Mittelhandelspolitik treiben, nicht durch Einführung von Schenk- und Beschlüssen, sondern durch Gewährleistung der Freizügigkeit und Befreiung des Großhandels. (Zuruf bei den Nal.).

Abg. Dr. Herzog (Nal.): Wenn eine Sitzung der Kammer überhaup nicht möglich ist, so muß sie nach größtmöglicher Geschwindigkeit in Angriff genommen werden. Ein Mittel ist, eine Schlichtungskommission oder eine Kommission gegen die Sozialdemokratie zu bilden, um diese großen Gegensätze zu beseitigen. Die Beseitigung der Fabriken zu den Kosten der Verbringungsfrage, würde zu einer Quelle von Streitigkeiten werden, und zur Verfallung des Wirtschaftslebens führen. Die Kardinalfrage ist die Schaffung eines guten Nachmittags im Mittelstand. Die Hebung der Qualität des Mittelstandes liegt in den Schulen, die leider für die manuelle Beschäftigung wenig Anregung bieten. Die Absolventen unserer Mittelschulen sind nicht für die manuelle Beschäftigung vorbereitet, ganz entgegen den Wünschen, die an die Gründung dieser Schulen geknüpft wurden. Diese Schüler müssen nach dem Muster der amerikanischen Berufsgruppen geformt werden. Wir müssen dazu kommen, eine größere Zahl von Intelligenz in unseren Volks- und Mittelschulen heranzuziehen. Die manuelle Beschäftigung führt zur Gesundheit, zur Arbeit, fördert die Beobachtungsgabe, Umsicht, Energie, Ehrlichkeit und den Ehrgeiz nach höheren Leistungen und vor allen Dingen die Unternehmungslust und die Selbstständigkeit. Leider wird die Zeit in den Meisterbetrieben nicht genügend ausgenutzt, die Zeitungen werden zur Mitarbeit angehalten anstatt ihnen eine gute technische Ausbildung zu geben. Wir müssen eine größere Zahl von Intelligenz für unsere Volks- und Mittelschulen heranzuziehen. Eine Staatsbürgerliche Erziehung unserer Zeitgenossen ist erforderlich.

Abg. Dambel (Nal.): Unternehmer und Arbeiter sollten sich häufig zu Verhandlungen im Aufrechter bereit finden. Wenn es heißt, die Arbeitergeyer seien nicht in der Lage, Forderungen zu stellen, so beruht das auf gründlicher Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse. Darauf wurde die Weiterberatung am Donnerstag 1 Uhr vertagt. Schluß nach 6 1/2 Uhr.

Ausland.

Die Kabinettskrisis in Ungarn.

Der „Reiter Lloyd“ meldet: Der Ministerpräsident wird in der Audienz am 7. März die Demission des Kabinetts überreichen, falls es ihm nicht gelingen sollte, mit seinem Standpunkt in der Frage der Einberufung der Reichsrats durchzuführen. Voraussetzungen sind die König nicht sofort eine Entscheidung treffen, sondern das Kabinet mit der Fortführung der Geschäfte betrauen. Das Abgeordnetenhaus wird sich nach der Mitteilung der Demission am Freitag für die Dauer der Krise verlagern.

Frankreich, Spanien, Marokko.

Wie in Madrid berichtet wird, haben die französischen und spanischen Delegierten eine Verständigung über die wichtigsten der ihnen unterbreiteten Fragen, nämlich die Zollfrage, erzielt. Der spanische Minister des Innern, Garcia Prieto, äußerte sich zu Pressevertretern, der Zwischenfall mit der Telegraphenlinie von Argila nach Larache sei im Laufe von Unterredungen des spanischen Gesandten in Paris, Caballero, mit dem französischen Ministerpräsidenten Rouvier beigelegt worden. Derselbe äußerte sich auch darüber, daß ihm kein vorläufiger Vorschlag der französischen spanischen Verhandlungen unterbreitet worden, aber er habe sich dem Vorschlag mit Gewalt widersetzt.

Zur Lage in China.

Das Meuterische Bureau meldet aus Tientsin vom 5. März: 800 Mann japanischer Truppen trafen heute früh in Chinanantao ein, wobei sie von Fort Artur durch Transportschiffe gebracht worden waren. Vier Kreuzer mit diesen Truppen wurden in Tientsin erwartet. Weitere 500 Mann japanische Truppen haben Warten auf der Straße nach Tientsin verlassen.

Vier Delegierte der Regierung in Hankow sind auf Befehl wieder in Hankow eingetroffen. Zu ihrer Begleitung befinden sich zwei vom Manifeste ernannte Delegierte, die in Hankow die Verhandlungen über die Bildung einer Koalitionsregierung fortsetzen sollen. Der Gesandte der Vereinigten Staaten in China hat die Behörden in Hankow ersucht, Truppen nach Hankow zu senden. Aus Kirin meldet die Petersburger Telegraphenagentur: In der Stadt Panshien fand ein blutiger Zusammenstoß zwischen Polizeitruppen und regulären Truppen statt, worauf die Polizei nach Minderung der Straußens die Stadt verließ und eine hundert Mann starke Gendarmen-Abteilung bildete. Der Kommandeur der 23. Division hat eine Abteilung von Infanterie, Kavallerie und Artillerie gegen die Meuterer entsandt.

Auf einer Tour, welche der englische Bischof von Nord-China, Dr. Scott, am 29. Februar von Kooting durch die Provinz angetreten hatte, kam es am 4. d. Mts. zu Streitigkeiten mit Aufständischen, die den Wagen und die Zugtiere der Missionare mit Beschlag belegten wollten. Hierbei wurde Missionar Dawson mit dem Soldaten erschossen; Missionar Hughes und Dr. Scott blieben unverletzt.

Die Wirren in Mexiko.

Die Zapatisten nahmen die Stadt Mexico ein. Bei dem Kampfe wurden 2000 Mann von den Regierungstruppen in Gefangen genommen. Die Regierungstruppen in der Nähe von Mexico fielen die Regierungstruppen in einen Hinterhalt, wobei sie fünfzehn Mann verloren.

Ein Spion?

Wegen Verdachtes der Spionage wurde am Dienstag der Brigadier der italienischen Finanzwache in Rio Morgantini von den österreichischen Behörden verhaftet und in das Kreisgericht Rovereto eingeliefert.

General Andrade ermordet.

Nach einer Meldung aus Guayaquil ist General Julia Andrade, der Kommandeur von Guayaquil, am Dienstagabend in Quito von seinen Soldaten ermordet worden.

Aus Nah und Fern.

Die Bewegung unter der Bergarbeiterschaft in Deutschland.

Die am 6. März in Egen (Nah) tagende außerordentliche Generalversammlung des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter für das Ruhrgebiet erklärte sich einstimmig gegen die Beteiligung an dem jetzt von dem sozialdemokratischen Verband und dessen Nachfolger beabsichtigten Streik. Sämtliche Delegierte erklärten, daß die Mitglieder mit der Haltung der Gewerkschaften nicht einverstanden seien. Die Generalversammlung beschloß, die Arbeitervereine aufzufordern, die berechtigten Wünsche der Bergleute bei den Besondereinstellungen vorzubringen und für deren Durchführung einzutreten. Von der Behörde verlangte die Generalversammlung, daß sie energisch für den notwendigen Schutz der nichtstreikenden Bergleute Sorge zu nehmen hat. Die Bergarbeiter vereinigen sich aus Wahrung ihrer Interessen, die von dem Streik betroffen sind, die Eingabe des Bergarbeiterverbandes gerichtet wurde, nunmehr für alle Anträge einzulassen. Eine zusammenfassende Darstellung der inhaltlich verschiedenen Antworten wird baldig veröffentlicht werden. (Bergl. „Letzte Telegramme“.)

Der Niesenstreik in England.

Nach einer Meldung aus London ist sowohl das Komitee der Kohlenarbeiter wie der Gewerkschaft des Bergarbeitersverbandes am Mittwoch nachmittags zu getrennten Beratungen zusammengetreten.

Anfolge der Haltung der Unzufriedenen sind zwei Kohlenbergwerke im Grafschaft Northumberland, das Wasser auszubringen. Wenn der Streik noch ein wenig länger dauert, so wird das Auspumpen zwei Monate in Anspruch nehmen. Die Schiffbesitzer der Nordküste bieten für Winterkohlen ungewöhnliche Preise. Der Kohlenpreis ist bis auf dreißig Schilling die Tonne in die Höhe gegangen und ist der höchste seit neunzig Jahren. In den Industrien im Done-Distrikt werden fortgesetzt Werke geschlossen. Am Flusse Tyne arbeiten nur noch 9 von 71 Schiffen.

Im englischen Unterhaus fragte Burgoon, ob die Arbeiter der Bergwerke in der Lage sind, die bestmöglichen Schlichtungsschritte hinsichtlich der Kohlenpreise zu ergreifen. Minister Churchill erwiderte, er fürchte, daß der Bau aller Schiffe verzögert werde, wenn die Arbeiteransprüche andauernd. Premierminister Asquith erklärte in Beantwortung von Anfragen, die in einem liberalen Maß getragene Meldung, die Regierung werde die Kohlenpreise zu senken, nicht zu betrachten. Die Regierung wird die Kohlenpreise zu senken, doch könne er keinen Tag für die Diskussion festsetzen, da die Lage sehr heikel sei.

Eine Meldung aus Kiel besagt: Anfolge des durch den englischen Kohlenstreik eingetretenen Kohlenmangels haben die Kaiserliche Marinegesellschaft und die Neue Dampfercompagnie in Dampferverkehr mit den Höflichkeit am Mittwochabend eine wesentliche Einschränkung eintreten lassen.

Einstellig wird nach aus London gemeldet, daß Premierminister Asquith, Minister des Innern Grey und Finanzminister Lloyd George am Mittwoch nachmittags eine Unterredung mit Mitgliedern des ausführenden Ausschusses der Bergarbeiter hatten. (Bergl. „Letzte Telegramme“.)

Schwerer Straßenbahnunfall.

Mittwoch früh gegen 6 1/2 Uhr erfolgte auf der Kreuzung der Brunnen- und Anhaltstraße in Berlin ein Zusammenstoß zwischen einem Omnibus und einem Straßenbahnwagen. Der Omnibus wurde so heftig, daß der Omnibus verlor. Von den vier schwerer Verletzten wurden zwei nach dem Lazarus-Krankenhaus und zwei nach ihrer Wohnung gebracht. Die Ursache des Zusammenstoßes ist vermutlich, daß die Bremse des Straßenbahnwagens versagte, als der Wagen in die Kreuzung hineinfuhr.

Der Unfall in Stuttgart freizeiten. Wie sich später herausgestellt hat, ist bei dem Unfall im Stuttgarter Freizeiten, bei dem 16 Arbeiter durch Untertappen eines Steges ins Wasser stürzten, niemand verletzt. Auch die Verletzungen sind nicht so schwer, wie zuerst angenommen wurde.

Schwerer Bauunfall. Am dritten Wiener Bezirke wurden infolge eines Gerüststurzes zwei Arbeiter getötet und sieben verletzt, davon zwei schwer. C. E. Ein besonderes Kennzeichen für Junggelehrten. Dem „Daily Telegraph“ berichtet man aus New-York: Ein Richter in New-York, gegen die Schlichter in einem offenen Schreiben, gegen die Schlichter unter den Gendarmen, die auf der Straße mehr oder minder junge Frauen belästigen, mit der ganzen Streng des Gesetzes vorzugehen. Im ihre unläuterer Absichten zu verhindern, prägen die Gendarmen, wenn sie eine fremde Frau anpöbeln, sich in der Regel für unbehindert auszugeben; dadurch betrogen sie die Frauen, die sie in ihre Hände locken auf ein altes Schicksal. Es wäre daher angebracht, wenn die Junggelehrten unter den Bürgern Americas geachtet genötigt würden, im Anschluss ein besonderes Kennzeichen zu tragen, damit Frauen und Mädchen, wenn sie auf der Straße belästigt werden, sofort wissen, mit wem sie es zu tun haben. Der Vorschlag ist einseitig und originell, aber es will und bedürft, als ob er besser für die Bundeslage passe als für diese Kaiserprovinz.

Provinz Sachsen und Umgebung.

Ein gutes Erntejahr.

Nicht auf dem Glücksfelde in Aussicht, denn prächtigere Getreide, wie in diesem Jahre hat man, so wird uns aus Heiligenstadt geschrieben, bei uns noch fehlen. Es ist eine mehr Luft, diese imaragabreunten Gattungen zu betrachten, die sich so üppig und frisch gegen die graubraune Farbe der Stängel abheben. Wenn man sich in der Umgebung umgibt, umnützige Mühen zu tun, so darf man auf eine gute Ernte an Winterfrüchten rechnen. Die Gefahr für sie ist allerdings noch nicht vorbei, denn wenn längere Zeit Regenwetter und Nachfröste

abwechseln, so können die Saaten schwer darunter leiden. Aber selber hindert infolge der Dürre des vorigen Sommers nur sehr spärlich vorhanden; dagegen zeigen die anderen Futterfrüchte, wie Roggen und Hafer, einen sehr günstigen Stand. Aufzufallen ist die geringe Zahl von Wägen. Bei der Dürre des vorigen Sommers mußte man auf eine große Vermehrung des Langweites gefaßt sein. Die Vermehrung hat jedoch nicht in ausfallender Weise stattgefunden, eine Ernte, die man sich nicht erlauben kann, und die um so auffälliger ist, als auch der ganze Herbst bis gegen Weihnachten sich durch außerordentlich Trockenheit auszeichnete. Und noch heute wüthet unter dem Lande nichtige Niederlagen, denn bis jetzt sind sie noch ungenügend und von Winterhochzeiten kaum noch seine Rede sein.

X. Minister (Südburg), 8. März. (Der hiesige Obsthändlerverein) hielt am vorigen Sonntag eine Generalversammlung ab. Die Vorstandswahl brachte wiederum alle 6 Mitglieder. Nachdem der Vorsitzende gesprochen hatte über das Thema: „Möbelfabrikation und Frühjahrsreise“, referierte Herr H. von H. in trefflicher Weise über den Schnitt und die richtige Behandlung eines alten, verbrauchten Obstbaums. Die weiteren Verhandlungen brachten Ausreden über das Normal-Anerkennung des Streiks, in dem für unsere Verhältnisse Goldparnane und Preis-Unterstützung zu finden sind. Nachdem der Vorstand beschlossen, ein gemeinsames Aufsehen der hiesigen Obstbauvereine des Jahresaufschreibers unternehmen werden, um an einer Kronenbehandlung der Bäume durch Frühjahrsarbeiten partizip zu lassen.

Wissenschaft, Kunst und Theater.

W. Aebelin, 8. März. Der Germanist und Musikhistoriker August Freiherr von Billerbeck ist im Alter von 91 Jahren hier gestorben.

Landwirtschaftliches.

W. Maul und Klauenheute. Das Kaiserliche Gesundheitsamt teilt mit, dass Erbsen für die Wollwurmkrankheit im Gebiet vom Bischof zu Köln am 6. März 1912.

Kurorte, Reisen und Winterport.

„Bergarbeiter (Nah) als Wohnort“ beliebt sich ein vom Reichsamt der Fahrt. Zur Verwaltung herausgegebenen Wägen, welche mit getrockneten Äpfeln gefüllt sind, werden in der „bunten“ Stadt ab. Der von Jahr zu Jahr sich erhebliche steigende Fremdenverkehr (1911: 38376 Gäste) bezeugt das große Interesse, welches den Sehenswürdigkeiten und der herrlichen Lage dieser idyllischen Stadt von Nah und Fern entgegengebracht wird. Das „Schmale Wägen“ dürfte allen die sich einen Sommerurlaub wägen können, ein willkommener Haltepunkt sein. In den letzten beiden Jahren wurden in Bergarbeiter 56 Häuser, darunter 31 Villen, erbaut.

Die neue deutsche Luft- und Seefahrt. Bei Gelegenheit der Erweiterung des Luftschiffes im Berliner Stadtbau wurde bekanntlich am 27. Februar eine neue Luftschiff, welche mit großer Wichtigkeit erbaute. Das 40 Grad Celsius heiße Thermalwasser prubelt unter beträchtlichem Aufdruck aus einem circa 4 Quadratmeter großen Porphyrschale, an welchen sich ein großes unterirdisches Thermalwasser-Reservoir befindet. Interessant ist der Umstand, daß die neue Luftschiffstelle bedeutend höher liegt, als die bisherigen Luftschiffstellen, welche die gleiche heißen. Die oberirdischen Quellen 24-26000 Hektoliter liefert, wird durch den neuen deutschen Luftschiff noch ganz erheblich gesteigert, eine Tatsache, die für die Luftschiff als bedeutungsvoll ist, als die bisherige umfangreiche Erweiterung ihrer Bedeutung, wie des Kaiserbaues im Vorzimmer.

Stettiner Anstalt. Durch den in Kürze erfolgenden Neuaufbau des in der elektrischen Heberlandzentrale in Stettin wird in unserm Vordere in Zukunft nicht eine bedeutende Steigerung der Stromleistung stattfinden, sondern es wird dem Orte und die Möglichkeit gegeben, den Stettiner für ganz billiges und elektrisches Strom für den Hausgebrauch zu erhalten. Anfolge der Stromerzeugung durch die genannte Anstalt, welche das Elektrizitätswerk der Gemeinde beschreiben.

Letzte Telegramme.

Die Bewegung unter den Bergleuten in Deutschland.

Berlin, 7. März. Nach dem Beispiel der Bergarbeiter des Ruhrkohlenbezirks streikten auch die Grubenarbeiter der sächsischen Bergbauwerke in der Kohlenbewegung mitreden zu wollen. Wie aus Dresden gemeldet wird, haben die Bergleute des Zwickauer und des Ruhru-Oberland-Bezirks des letzteren eine einheitliche Erhöhung des Schichtlohnes um 30 Pfg., achtstündige Arbeitszeit und verschiedene andere gefordert. Nächsten Sonntag sollen in allen stollenbaubezirgen Versammlungen stattfinden. (Bergl. unter Nah und Fern.)

Zum Niesenstreik in England.

Glasgow, 7. März. Die hiesige Arbeiterschaft der Bergleuten der Bergarbeiter aus den schottischen Distrikten nach London ermutigt zu der Annahme, daß die englische Exekutive einen Plan zu einer neuen nationalen Konferenz entworfen hat. Es verlangt, daß die Delegierten gebeten werden, über die Stimmung in ihren Bezirken zu berichten. (Bergl. unter Nah und Fern.)

Bergarbeiterstreik in Rußland.

Berlin, 7. März. Auch in Rußland wird gestreikt. Zu der Kohlengrube Saturn, einer der größten russischen, sind fast sämtliche Arbeiter in den Ausstand getreten.

Dr. Major von Akeron.

Düsseldorf, 7. März. Dem ersten Vorsitzenden des Niederländischen Vereins für Anthropologie, Major v. Akeron, ist wie der „Nah“ Gerusalem, erzählt, von der philosophischen Fakultät Marburg der Titel eines Ehren doktors verliehen worden.

Folgenreicherer Ackerplötzungen.

Duisburg, 7. März. Durch eine Ackerplötzung auf der Güte Böhmig wurden acht Arbeiter schwer verbrannt.

Berlin, 7. März. In den Zinnoctumwerken Nidort-Gerswalde in Heegerwalde sind beim Probieren einer neuen Mischung der Delfel Feuer und explodierte. Fünf Arbeiter wurden tödlich, fünf sehr schwer, und eine Anzahl leicht verletzt.

Aus Eisen — Edelmetall?

Paris, 7. März. Nach seiner Rückkehr aus London wird der Chemiker Berley der Akademie der Wissenschaften seine Probeur der Umwandlung von Eisen in Edelmetall mitteilen.

